

Landraub für deutsche Autos

Wie ein Bergbaukonzern beim Bauxit-Abbau in Guinea Menschenrechte verletzt



Seit mehr als 40 Jahren leiden die Menschen rund um eine Bauxit-Mine in Guinea unter Landraub und der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Die Bundesregierung bürgt für ein Drittel eines 800-Millionen-Euro-Kredits, mit dem die Mine erweitert wird. Deutschland will damit die Versorgung der Industrie mit Bauxit absichern. Schon heute werden mehr als 80 Prozent davon aus Guinea importiert. Dort hat sich die Situation an der Mine seit der Kreditvergabe zugespitzt. 13 Dörfer haben deshalb Beschwerde bei der Weltbank eingelegt.

Die Bundesregierung bürgt für einen Millionen-Kredit, obwohl sie frühzeitig über die Menschenrechtsverletzungen im Bergbau Guineas Bescheid wusste.

Guinea: Bauxit für den Weltmarkt

Den Menschen in Hamdallay ist wenig mehr geblieben als ihre Häuser aus Lehm und den Schatten spendenden Obstbäumen. 40 Prozent seiner landwirtschaftlich genutzten Fläche hat das 200 Jahre alte Dorf bereits an die Sangaredi-Mine in der Region Boké verloren. Hier baut die Compagnie de Bauxites Guinée (CBG) Bauxiterz ab. Die CBG ist der

zweitgrößte Bauxit-Exporteur Guineas, wo sich ein Drittel aller Bauxitvorkommen der Welt befinden. Seit 1973 holt das Bergbauunternehmen den Rohstoff für den Export aus der guineischen Erde. Daraus wird das Aluminium hergestellt, aus dem Getränkedosen und Verpackungen entstehen. Das Leichtmetall wird aber auch in Flugzeugen verbaut. Und in zunehmendem Maße in deutschen Autos. Beispielsweise wird Aluminium in Karosserien verwendet, da das Metall leichter ist als vergleichbare Metalle.

Guinea gehört mit einem Volumen von über 40 Millionen Tonnen im Jahr (2017) zu den drei größten Bauxitproduzenten der Welt. Der Staat erhält den größten Teil seiner Steuereinnahmen durch die Bauxitminen. Die Bergbauunternehmen produzieren zudem die Hälfte von Guineas Elektrizität. Sie betreiben eigene Kraftwerke – meist mit Schweröl – und versorgen ganze Städte mit Wasser, Strom, Krankenstationen, Müllabfuhr und Arbeiterunterkünften. Daraus ergibt sich ein problematisches Machtgefälle: die Regierung und die lokale Bevölkerung sind von den Unternehmen abhängig.

Landraub und Umweltzerstörung in Boké

Bauxit liegt unter der Erdoberfläche, sodass für seinen Abbau meist nur die obersten Erdschichten abgetragen werden müssen. Zwar

Guinea

Guinea gehört mit seinen 12,5 Millionen Einwohnern zu den ärmsten Ländern der Welt: im Human Development Index der Vereinten Nationen liegt Guinea auf Platz 175 von 189 Ländern. 70 Prozent der Bevölkerung lebt von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Der seit Dezember 2010 amtierende Präsident Alpha Condé arbeitet seit seiner Wiederwahl im Jahr 2015 daran, das Land zum weltweit führenden Bauxit-Exporteur zu machen. So sollen die Exporte bis zum Jahr 2020 auf 75 Millionen Tonnen ansteigen.

werden im Gegensatz zu Gold oder Kupfer beim Abbau keine Chemikalien verwendet, dafür ist aber der Flächen- und Wasserverbrauch beim Bauxitabbau sehr hoch.

Das wiederum zerstört die Lebensgrundlagen derjenigen, die in den Abbaugebieten nicht vom Bergbau leben. Zum Beispiel im Dorf Hamdallaye: Die drei Flüsse, die das Dorf mit Wasser versorgten, sind versiegt. Von den drei Wasserlöchern, die der Minenbetreiber CBG den lokalen Gemeinschaften bohrte, funktioniert nur noch eines.

Entschädigt wurden die Menschen in Hamdallay für enteignetes Land bis heute nicht. Und das obwohl das guineische Gesetz Entschädigungen vorsieht.

Manche Dörfer sind von der Außenwelt abgeschnitten, etwa Boundou Wandè. Umzingelt

von fünf Gruben der CBG ist der Ort nur noch über einen Trampelpfad erreichbar. Mindestens zwölf weitere Gemeinden in Sangaredi beklagen Landraub und die Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen: Brunnen und Quellen sind versiegt oder durch Dreck und Sedimente unbrauchbar geworden. Frauen müssen immer weitere Wege zurücklegen, um Wasser zu holen. Die Artenvielfalt schwindet und mit ihr Arzneipflanzen, seltene Tier- und Vogelarten. Nutztiere haben kaum Überlebenschancen. Roter Staub, der durch die Bergbauaktivitäten entsteht, macht Äcker und Gärten unbrauchbar, dringt in Häuser und macht Menschen krank.

Wenn tieferliegende Bauxit-Schichten mit Dynamit aufgesprengt werden, vertreiben Lärm und herumfliegende Steine Wildtiere und verletzen Menschen.

Nun wird die Infrastruktur der Mine und die Bahnlinie, auf der der Rohstoff nach Kamsar zum Hafen transportiert wird, erweitert. Und dafür will die CBG die Bewohner*innen von Hamdallaye Anfang 2020 umsiedeln: auf ein Gelände drei Kilometer weiter östlich. Die CBG hat bereits mit dem Bau der Häuser begonnen, obwohl die Bewohner*innen der Umsiedlung nicht zugestimmt haben. Denn das neue Land ist karg und unfruchtbar, es gibt weder Bäume noch Sträucher. Es handelt sich um ein ehemaliges, nicht restauriertes Minengebiet der CBG.

Die CBG und der Bauxit-Boom

Die Produktion der CGB soll von 13,5 auf 27,5 Millionen Tonnen Bauxit bis 2022 wachsen. Im September 2016 stellten internationale Geschäfts- und Entwicklungsbanken für die Erweiterung der Sangaredi-Mine Kredite von insgesamt 823 Millionen Dollar bereit. Auch die Bundesregierung wurde aktiv: Ein Konsortium aus nationalen und internationalen Banken – darunter BNP Paribas, Société Générale und die deutsche ING-DiBa – gab einen Kredit über 473 Millionen Dollar. Für 293 Millionen Dollar davon – und damit für mehr als ein Drittel des ganzen Finanzierungspakets – übernahm die deutsche Bundesregierung eine Ungebundene Finanzkreditgarantie (UFK). 200 Millionen Dollar stammen von der International Finance Corporation (IFC), einer Weltbank-Tochter, die sich auf die Förderung privater Unternehmen spezialisiert hat. Die Overseas Private Investment Corporation (OPIC), eine Entwicklungsfinanzierungsinstitution der US-Regierung, stellte 150 Millionen Dollar zur Verfügung.



Bauxitlagerung in Guinea. Foto: Igor Grochev, shutterstock

Die Compagnie de Bauxites Guinée (CBG)

Die Compagnie de Bauxites Guinée ist ein halbstaatliches Unternehmen. 49 Prozent der Anteile an dem Bergbauunternehmen hält der guineische Staat, 51 Prozent sind im Besitz von Halco Mining Inc., einem Konsortium aus drei Großunternehmen, die im Aluminiumgeschäft tätig sind: Alcoa World Alumina LLC, Rio Tinto International Holdings Ltd. und Dadco Investments Ltd.

Menschenrechtsstandards nur auf dem Papier

In ihrem Jahresbericht zur Auslandsge­schäftsabsicherung von 2016 beschreibt die Bundesregierung die Sangaredi-Mine als Vor­zeigeprojekt: *„Die Erweiterung des Minen­betriebs trägt zur Beschäftigungssicherung in der Region Boké in Guinea bei und wird den Beitrag von CBG zur guineischen Wirt­schafts­entwicklung weiter steigern. Darüber hinaus wird der langfristige Abnahmevertrag die Rohstoffversorgung für AOS [in Stade] si­chern und damit auch zur Beschäftigungssi­cherung am deutschen Standort beitragen. Die Umsetzung des Erweiterungsvorhabens erfolgt unter der Berücksichtigung der inter­nationalen Umwelt- und Sozialstandards und hat bereits erfolgreich zu nachhaltigen Ver­besserungen im Zusammenhang mit dem Minenbetrieb geführt.“*¹

Tatsächlich gehört laut Bundesregierung zur Voraussetzung jeder UFK-Garantie, dass Roh­stoffprojekte *„vor dem Hintergrund des Um­welt- und Ressourcenschutzes eingehend auf ihre ökologischen und sozio-ökonomi­schen Auswirkungen geprüft werden“* müs­sen.² Dabei bezieht sich die Bundesregierung auch auf die acht Performance-Standards, zu deren Einhaltung die IFC ihre Kreditnehmer verpflichtet: *„Für die abschließende Bewer­tung der Förderungswürdigkeit wird die Ein­haltung der Performance Standards und der Weltbank/IFC Environmental, Health and Sa­fety Guidelines überprüft“*, heißt es.³

Die Standards schreiben den Unterneh­men vor, die ökologischen und sozialen Aus­wirkungen des Projekts abzuschätzen, die ILO-Kernarbeitsnorm einzuhalten, Ressour­cen zu schonen und die Umwelt zu schüt­zen, Gesundheits- und Sicherheitsrisiken für

die Gemeinden zu reduzieren, unfreiwillige Umsiedlungen zu unterlassen und sie bei freiwilligen Umsiedlungen entsprechend zu entschädigen. Darüber hinaus muss die Bio­diversität geschützt, die Rechte Indigener beachtet und ihnen das Recht auf freie, vorhe­rige und informierte Zustimmung (Free, Prior and Informed Consent, FPIC) gewährt sowie das kulturelle Erbe der Gemeinden geachtet und geschützt werden.

„Seit dem Engagement von IFC, OPIC und der Bundesregierung haben die Auswirkungen des Expansionsprojekts die Lebensbedingungen vieler Menschen im CBG-Gebiet erheblich verschlechtert.“

Die Realität vor Ort sieht anders aus: *„Seit dem Engagement von IFC, OPIC und der Bundes­regierung haben die Auswirkungen des Ex­pansionsprojekts die Lebensbedingungen vieler Menschen im CBG-Gebiet erheblich verschlechtert“*, sagt David Pred, Geschäftsführer der NGO Inclusive Development. Denn die CBG hat keinen der ökologischen und so­zialen IFC-Performance Standards umgesetzt. Die CBG verstößt so gegen die Vorgaben der IFC, gegen guineisches Recht und gegen in­ternationale Umwelt- und Menschenrechts­standards. Das belegt auch der Report *„What do we get out of it?“* der NGO Human Right Watch, die 2018 die betroffenen Dörfer be­sucht hat.⁴

540 Beschwerdeführer*innen aus 13 Dörfern im Minengebiet von CBG werfen der IFC vor, die Tätigkeit des Minenbetreibers und die Umsetzung seiner Versprechen unzureichend überwacht zu haben. Im Februar 2019 reich­ten deshalb die Organisationen Centre de Commerce International pour le Developpe­ment (CECIDE), Association pour le dévelop­pement rural et l'entraide mutuelle en Guinée (ADREMGUI) und Inclusive Development International (IDI) im Namen der Betroffenen Beschwerde beim Ombudsman der Inter­national Finance Corporation (CAO) ein. Dem folgt zukünftig ein Mediationsprozess mit der Weltbanktochter.

Doch solche Soft Law genannten Mechanis­men sind nicht mit einer Klage vergleichbar. Es gibt kein rechtsverbindliches Urteil, nur Übereinkünfte oder Absichtserklärungen. Die

¹ Aga Portal (Dezember 2019): Ungebundene Finanz­kredite - Prüfung der Umwelt-, Sozial- und Menschen­rechtsaspekte (USM), <https://www.agaportal.de/ufk-ga-rantien/verfahren-ufk/usm-ufk> (letzter Zugriff: 10.12.2019).

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Human Rights Watch (2018): What do we get out of it? The Human Rights Impact of Bauxite Mining in Guinea: https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/gui-nea1018_web2.pdf.

Ungebundene Finanzkreditgarantien (UFK)

UFK-Garantien sind ein Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung und Teil der Rohstoffstrategie der Bundesregierung. „Dadurch leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit notwendigen Rohstoffen.“¹ Sie sollen Kreditgeber im Ausland gegen wirtschaftliche und politische Risiken absichern. Voraussetzung für eine UFK-Garantie ist, dass ein langfristiger Abnahmevertrag mit einem deutschen Unternehmen abgeschlossen wird. „Als förderungswürdig gelten wirtschaftlich tragfähige Projekte, die im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegen oder zur ökonomischen Entwicklung des Empfängerlandes beitragen“², schreibt das Bundeswirtschaftsministerium auf seiner Website. „Insbesondere werden Vorhaben als förderungswürdig angesehen, die durch entsprechende Lieferverträge die Sicherung der Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit wirtschaftlich erforderlichen mineralischen Rohstoffen sowie dem energetischen Rohstoff Gas gewährleisten.“³ In den vergangenen zehn Jahren wurden für neun Projekte UFK-Garantien über 4,4 Milliarden Euro übernommen.

Über die Vergabe der UFK-Garantien entscheidet ein interministerieller Ausschuss, der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geleitet wird. Ihm gehören außerdem Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), des Bundesfinanzministeriums (BF) und des Auswärtigen Amtes an. Für die Abwicklung hat die Euler Hermes AG, die auch Hermes-Bürgschaften organisiert, das Mandat der Bundesregierung.

Mit dem UFK-Kredit für die Erweiterung der Sangaredi-Mine von CBG wird die Raffinerie Aluminium Oxide (AOS) im niedersächsischen Stade für zehn Jahre Bauxit von dort beziehen. AOS Stade ist eine Tochterfirma der Dadco-Gruppe, die ihren Hauptsitz in der Steuerzone Guernsey hat, einer Insel im Ärmelkanal. Vor allem aber gehört Dadco zum Konsortium, dem 51 Prozent der Compagnie de Bauxites Guinée gehören – der Bergbaukonzern, der in Guinea für Vertreibungen, Land- und Wasserraub verantwortlich ist.

1 BMWi (Dezember 2019): Garantien für Ungebundene Finanzkredite: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/garantien-fuer-ungebundene-kredite.html> (letzter Zugriff: 10.12.2019).

2 Ebd.

3 Ebd.

Schlichtungsprozesse können jederzeit abgebrochen werden. Meistens ziehen sich solche Mediationen über Jahre hin. Im Jahresbericht 2019 zählt die Ombudsstelle der Weltbank 60 Fälle auf, in denen sie vermittelt. Nur neun wurden abgeschlossen, zwölf neue kamen dazu.⁵ Und nicht immer kommt es zu einem Ergebnis von dem die Geschädigten profitieren. Die Hürden für solche Verfahren sind hoch. Von schädlichen Auswirkungen betroffene Gemeinden haben ohne eine NGO im Rücken kaum eine Chance. Mehr als die Hälfte der Beschwerden, die bei der Ombudsstelle eingehen, werden deshalb von NGOs eingereicht, so wie im Fall der Sangaredi-Mine. Hier wurde die Mediation bereits verschoben. Erst im Januar oder Februar 2020 – ein Jahr nach Einreichung der Beschwerde – soll es das erste Treffen zwischen Betroffenen und Unternehmen geben. Bis dahin hat CBG womöglich schon Fakten geschaffen und die für dann geplante unfreiwillige Umsiedlung von Hamdalaye bereits vollzogen.

Bundesregierung kannte menschenrechtliche Risiken

Die Kreditgarantie durch Deutschland sowie die Kreditvergabe durch internationale Entwicklungsbanken ist umstritten.

Die Kredit- und Garantiegeber hatten frühzeitig von den Menschenrechtsverletzungen im Bergbau Guineas Kenntnis.

„Dies ist ein Projekt der Kategorie A aufgrund der potenziell signifikanten, vielfältigen und irreversiblen ökologischen und sozialen Risiken und/oder Auswirkungen, die einem Projekt dieser Art und Größenordnung in Guinea inhärent sind.“ So steht es auf der Projektseite der IFC geschrieben.⁶ Kategorie A bezeichnet die höchste Risikokategorie, die einer gesonderten Prüfung bedarf. Die Weltbanktochter war sich also der hohen ökologischen und sozialen Risiken des Bauxitabbaus bewusst.

Darüber hinaus war der IFC bekannt, dass bereits die früheren Aktivitäten der CBG im Laufe der Jahre negative ökologische und soziale Auswirkungen hatten, Landraub und

5 Ombudsman der International Finance Corporation: Annual Report 2019, FY 2019 Snapshot: https://cao-ari9.org/CAO_Data_FY19.pdf.

6 International Finance Cooperation (Dezember 2019): Project Information & Data Portal, CBG Extension, Environmental & Social review Summary, Environmental and Social Categorization and Rationale 24.11.2015, <https://disclosures.ifc.org/#/projectDetail/ESRS/34203> (letzter Zugriff: 10.12.2019).



Per Bahn von der Mine zum Hafen, per Schiff nach Hamburg, um dann im Auto zu enden.

Foto: Igor Grochev, shutterstock

Vertreibung inklusive. Die bisherigen und mit der Erweiterung zu erwartenden negativen Folgen wurden bereits 2014 im mehr als 1.000 Seiten langen „Environmental and Social Impact Assessment of the CBG Mine Extension Project“ (ESIA) dargelegt.⁷ Den Report hatte die CBG in Auftrag gegeben, um den Kredit zu erhalten. Er ist der Bundesregierung bekannt. Zudem belegt die Untersuchung „Fallstudien zu Umwelt- und Sozialauswirkungen der Bauxitgewinnung und -weiterverarbeitung in der Boké und Kindia-Region, Guinea“ jene Risiken.⁸

Die Studie, die das Umweltbundesamt (UBA) in Auftrag gegeben hatte, wurde im Januar 2016 veröffentlicht – Monate bevor die Bundesregierung die UFK-Garantie bereitstellte.

Die Bundesregierung gibt an, die Prüfungen vor Ort würden von Euler Hermes „kritisch begleitet“. Es habe mehrere Treffen und Workshops mit Managern der CBG gegeben. Man habe einen umfassender Maßnahmenkatalog (Environmental and Social Action Plan) abgestimmt und dessen Umsetzung vertraglich vereinbart. „Dabei wurde sichergestellt, dass das Erweiterungsprojekt die Anforderungen der IFC Performance Standards von Beginn

an erfüllt“, die Umsetzung würde von den Mandataren der Bundesregierung überwacht. Für den bereits bestehenden Minenbetrieb sei die Einhaltung der IFC Performance Standards bis 2024 vereinbart worden. Ziel sei es, „durch die Beteiligung des Bundes und zusammen mit der IFC und der OPIC die Situation vor Ort im Sinne international anerkannter Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards positiv zu beeinflussen.“⁹

Davon kann allerdings keine Rede sein: „Das einzige, was sich aus Sicht der betroffenen Gemeinden geändert hat, ist, dass seit dem Beginn der Erweiterung ein ständiger Strom von Beratern ihre Dörfer flutet – nicht aber, dass die CBG ihre Praxis verbessert hätte“, sagt David Pred. Das dürfte auch der Bundesregierung nicht entgangen sein: deren Mandatare hätten seit 2015 jedes Jahr den Standort der Mine sowie betroffene Dörfer aufgesucht. Hamdallaye und Fassaly Foutabè, zwei der am schlimmsten von den Folgen der Erweiterung betroffenen Gemeinden, habe man im Juni 2016 und 2018 besucht, schreibt das Wirtschaftsministerium auf Anfrage.¹⁰

Die Bundesregierung beruft sich darauf, dass bei der Minenerweiterung von „positiven Auswirkungen auf die Jugendarbeitslosigkeit auszugehen“ sei. Außerdem sichere die UFK-Garantie Arbeitsplätze in Stade. Doch die Firma AOS Stade, die von der UFK-Garantie profitiert, beschäftigt gerade einmal 471 Mitarbeiter. Bei der Sangaredi-Mine sind nur 2.300 Leute direkt beschäftigt, dazu kommen über Subunternehmer weitere 2.250. Im Bezirk Sangaredi leben aber knapp 80.000 Menschen. Aus den betroffenen Dörfern arbeiten kaum Menschen in der Mine, erst recht keine Frauen. Und während die Bewohner*innen der Minenstadt Sangaredi wenigstens von

⁷ Overseas Private Investment Corporation (OPIC) (Dezember 2019) „Environmental and Social Impact Assessment for the CBG Mine Extension Project. 9.12.2015 https://www3.opic.gov/environment/eia/cbg/eia_cbg.html (letzter Zugriff: 10.12.2019).

⁸ Rüttinger et al. (2016): Umwelt- und Sozialauswirkungen der Bauxitgewinnung und -weiterverarbeitung in der Boké und Kindia-Region, Guinea. Berlin: adelphi: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/dokumente/umssoress_fallstudie_bauxit_guinea_finale_version.pdf.

⁹ E-Mail BMWi, 24.4.2019

¹⁰ E-Mail BMWi, 29.4.2019



Auch in Alltagsprodukten wie Kaffeekapseln steckt Aluminium. Foto: Jisu Han, Unsplash

6

Strom und Leitungswasser profitieren, dass die CBG bereitstellt, haben die Dorfbewohner*innen nur Verluste zu beklagen. In den vergangenen Jahren kam es deswegen immer wieder zu Blockaden und größeren Protesten.

Was also an dieser Förderung kann so bedeutend sein, dass die Regierung derart hohe Menschenrechts- und Umweltrisiken in Kauf nimmt? Warum investiert sie in eine Industrie, die absolut nicht nachhaltig ist? Die Produktion von Aluminium und die Förderung von Bauxit sind extrem energieaufwendig, die Mine in Guinea wird außerdem von Diesel- und Schweröl-Kraftwerken betrieben.

Guineisches Bauxit für die deutsche Autoindustrie

93 Prozent des Bauxits, das nach Deutschland importiert wird, kommt aus Guinea und aus der Region Boké. In Deutschland wird es in der Autoindustrie verarbeitet. Dorthin gelangt auch das Bauxit aus der Sangaredi-Mine – auf verschiedenen Wegen. Viele führen über Produktionsstätten und Tochterfirmen von Rio Tinto, die zu den Anteilseignern von CBG gehören. So wird Bauxit aus Sangaredi an Rio Tintos Raffinerie Vaudreuil in Kanada geliefert und dort zu Aluminiumoxid verarbeitet. Aluminiumoxid von der Vaudreuil-Raffinerie wird dann nach Saguinay-Lac-Saint-Jean in der kanadischen Provinz Québec verkauft, wo Rio Tinto drei Aluminium-Schmelzwerke betreibt. Eine davon ist L'atterrière Works. Zu den Kunden, an die L'atterrière Works gewalztes Aluminium liefert, gehört das US-Unternehmen Novelis, das auch in Deutschland Werke betreibt. Das weiterverarbeitete Aluminium wird

nach China, in die USA und nach Deutschland verkauft. Novelis' deutsche Kunden sind laut Homepage: Audi, BMW, Mercedes-Benz und Porsche.

Ein Teil des Bauxits geht direkt nach Deutschland, zum Beispiel zu AOS nach Stade. Von dort aus führt der Weg in die deutsche Autoindustrie. Das dürfte wohl der wahre Grund dafür sein, warum die Bundesregierung die UFK-Garantie für das Vorhaben gab und den damit verbundenen Abnahmevertrag mit AOS Stade als von so großem „gesamtwirtschaftlichen Interesse“ bewertet. Das legt sie – auch auf wiederholte Nachfrage – aber nicht offen.

Der Weg des Bauxits führt in die deutsche Autoindustrie. Die Nachfrage deutscher Autobauer dürfte der wahre Grund für die deutsche UFK-Garantie sein.

In Stade wird das Bauxit aus Guinea zu Aluminiumoxid umgewandelt, das dann über den Mutterkonzern Dadco, der zu den Anteilseignern der CBG gehört, an den norwegischen Aluminiumkonzern Norsk Hydro nach Hamburg geht. Und Norsk Hydro liefert an Audi, BMW und Daimler.

Fazit

Die Bundesregierung hat eine direkte Mitverantwortung für Menschenrechtsverletzungen im Bergbau. Sie kann sich nicht mehr auf den Standpunkt zurückziehen, dass sie keinen Einfluss auf die Bedingungen am Anfang der globalen Lieferketten habe. Denn über die Vergabe von Kreditgarantien trägt die deutsche Regierung zum Ausbau von Minenprojekten bei, obwohl sie über die Ausbeutung der Menschen vor Ort Kenntnis hatte. Bei der Versorgung der deutschen Autoindustrie mit Rohstoffen wie Bauxit / Aluminium müssen die Menschenrechte gewahrt werden. Die Vergabe von Kreditgarantien muss reformiert werden. Wir fordern zudem ein Lieferkettengesetz zur Stärkung der Menschenrechte in der globalisierten Wirtschaft. Die Bundesregierung darf nicht weiter auf die Freiwilligkeit der Industrie setzen, sondern muss gesetzliche Vorgaben machen und Unternehmen sanktionieren, die Menschenrechtsverstöße am Anfang der Lieferkette akzeptieren.¹¹

¹¹ Mehr Informationen zur „Initiative Lieferkettengesetz“ unter: <https://power-shift.de/campaign/initiative-lieferkettengesetz/>

Vergabe von UFK-Garantien an Menschenrechten ausrichten

Das Corporate Accountability Netzwerk (CoRA) fordert, dass Exportkredit- und sonstige Garantieagenturen verpflichtet werden müssen, im Zuge der Projektprüfungen menschenrechtliche Folgenabschätzungen vorzunehmen. UFK-Garantien dürfen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihrer in den UN-Leitprinzipien beschriebenen menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflicht nachkommen. Unternehmen, die wiederholt oder eklatant gegen ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht verstoßen haben, müssen von den UFK-Garantien ausgeschlossen werden. Zudem sollte ein unabhängiger Beschwerde- und Wiedergutmachungsmechanismus geschaffen werden, an den sich NGOs und Betroffene von Menschenrechtsverletzungen

wenden können, die in Zusammenhang mit staatlich unterstützten Projekten aufgetreten sind. Die Transparenz über die Außenwirtschaftsförderung muss deutlich verbessert werden, indem genaue und nachvollziehbare Angaben über alle mit UFK-Garantien geförderten Projekte veröffentlicht werden. Die Mandatare sollen zur Veröffentlichung der Umwelt- und Sozialpläne sowie eventueller Folgemaßnahmen verpflichtet werden, damit Betroffene überprüfen können, ob diese angemessen sind und umgesetzt werden.¹

¹ AK Rohstoffe (2016): http://ak-rohstoffe.de/wp-content/uploads/2018/06/forderungspapier_2016.pdf (letzter Zugriff: 10.12.2019).



PowerShift fordert ein Lieferkettengesetz. Foto: Initiative Lieferkettengesetz

Weitere Quellen

Inclusive Development International (2019): Complaint concerning IFC loan to the "Compagnie des Bauxites de Guinée" (CBG): https://www.inclusivedevelopment.net/wp-content/uploads/2019/02/CBG_CAO-Request-for-Mediation_FINAL-EN.pdf. Zuletzt aufgerufen: 17.12.2019.

AGA Portal (2016): Jahresbericht: Garantien für Ungebundene Finanzkredite (UFK): https://www.agaportal.de/_Resources/Persistent/97c1e4dd31dcc37609e8a50fe75acc524f256d10/ufk-jb-2016.pdf. Zuletzt aufgerufen: 17.12.2019.

Fotonachweise

S. 1 Foto: Paul Götttsch

S. 2 Large piles of bauxite ore, which is refined into aluminum, sit at a treatment area storage of bauxite. Guinea, Africa. <https://www.shutterstock.com/de/image-photo/large-piles-bauxite-ore-which-refined-1352489153>, Foto: Igor Grochev, shutterstock

S. 5 Eisenbahnwagen für den Transport von Bauxiterz auf Bahnschienen am Ende der Eisenbahnlinie vom Bauxitbergbau. Guinea, Afrika. <https://www.shutterstock.com/de/image-photo/railway-carriages-transportation-bauxite-ore-on-1322941367>, Foto: Igor Grochev, shutterstock

S. 6 <https://unsplash.com/photos/-LQJ7fB9amY>, Foto: Jisu Han, Unsplash

S. 7 Foto: Initiative Lieferkettengesetz

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Unser Ziel ist eine ökologisch und sozial gerechtere Weltwirtschaft.

Dafür setzen wir unsere Expertise in Handels-, Rohstoff- und Klimapolitik ein: Mit umfassenden Recherchen durchleuchten wir politische Prozesse, benennen die Probleme eines ungerechten globalen Wirtschaftssystems und entwickeln Handlungsalternativen.

Um unsere Ziele zu erreichen, formulieren wir politische Forderungen, betreiben Informations- und Bildungsarbeit und schmieden starke Bündnisse – mit anderen Organisationen, sozialen Bewegungen und Bürger*innen. Gemeinsam mischen wir uns ein!

Wenn Sie über unsere Arbeit auf dem Laufenden bleiben wollen, dann abonnieren Sie unseren Newsletter:

<https://power-shift.de/newsletter-bestellen/>

Impressum

Herausgeber:

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel.: +49 30 42805479

Web: <https://power-shift.de>

E-Mail: info@power-shift.de

Autorin: Kathrin Hartmann

Redaktion, Bildredaktion: Michael Reckordt,

Nico Beckert, Paul Götttsch

Layout, Satz & Reinzeichnung:

Tilla Balzer | buk.design

Berlin, Dezember 2019

Politische Arbeit kostet Geld – möchten Sie uns unterstützen?

Wir stellen unsere Publikationen allen Interessierten kostenlos zur Verfügung. Durch unabhängige und kritische Hintergrundberichte schaffen wir die notwendige Öffentlichkeit für eine lebendige Demokratie. Zu einer Zeit, in der die Zivilgesellschaft unter Beschuss gerät und unabhängige, gründlich recherchierte Informationen immer wichtiger werden, ist Ihre Unterstützung gefragt. Wenn es Ihnen möglich ist, unterstützen Sie PowerShift e.V.!

<https://power-shift.de/spende/>

Diese Publikation wird von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung